

---

## Editorial

---

### Argentinien – Ende eines Modells

„Argentinien geht unter.“ So hebt ein Kommentar der Financial Times Deutschland an (17.4.02). Nun kann ein Land zwar schwerlich untergehen, doch legen die Dimensionen der Krise Argentiniens Metaphern dieser Art durchaus nahe. Läßt man den Sonderfall der ehemals sozialistischen Transformationsökonomien außer acht, so muß der zur Zeit stattfindende Zusammenbruch der argentinischen Ökonomie als einer der schwersten seit der *Great Depression* gehandelt werden. Nicht nur hat das Land den bisher größten *default* --- der Weltwirtschaft erklärt, seit es für seine 150 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden die Zahlungsunfähigkeit ausrufen mußte; die Binnenrezession, die nunmehr ins vierte Jahr geht, hat inzwischen das nationale Volkseinkommen um annähernd 20% reduziert; für dieses Jahr wird von offiziellen Stellen eine weitere Reduzierung des BIP um mindestens zehn Prozent befürchtet. Eine Ökonomie befindet sich im freien Fall, und mit ihr die Strukturen von Politik und Gesellschaft.

Die derzeitige Krise markiert den – zumindest vorläufigen – Endpunkt eines langen Niedergangs des Landes, das noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als eines der reicheren der Welt galt, ein pro-Kopf-Einkommen in der Höhe Frankreichs aufwies und Hunderttausende von europäischen Emigranten anzog. Danach war die Wirtschaftspolitik des Landes über Jahrzehnte so extrem wie in wenigen anderen Ländern durch ein Alternieren zwischen liberaler und populistischer,

zwischen weltmarkt- und binnenmarkt-orientierter Politik geprägt. Dieses Alternieren war einerseits Ausdruck des Rivalisierens unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen - der mächtigen Elite der Agrarexporteure auf der einen Seite und den Binnenunternehmern und Gewerkschaften auf der anderen Seite; vor allem aber zeigte dieses für die Wirtschaft des Landes langfristig ruinöse Schwanken zwischen den beiden Wirtschaftsmodellen, daß das rein exportorientierte Modell des an Rohstoffen überaus reichen Landes keine zufriedenstellende Lösung für die Mehrheit der Bevölkerung darstellen konnte, daß jedoch auf den Grundlagen der kolonialen Wirtschaftsstrukturen die Strategie einer Industrialisierung mit sehr hohen Problemen insbesondere monetärer Natur konfrontiert war. Insofern ist Argentinien, so sehr es aufgrund seines historischen Reichtums einerseits und der lange Zeit vergleichsweise egalitären Einkommensstruktur andererseits eine Ausnahme darstellt, auch beispielhaft für das Dilemma der Entwicklungsländer.

Viele Beobachter sahen den Zenit dieses langen Niedergangs überschritten, als zu Beginn der 90er Jahre die Hyperinflation des Landes mit der Errichtung eines sogenannten *Currency Boards* beseitigt werden konnte. Die Geld- und Währungspolitik unterlag von nun an extrem engen Spielregeln. Damit sollte nicht zuletzt sichergestellt werden, daß die nationalen Politiker keinen schädlichen Einfluß mehr auf die einheimische Wirtschaft ausüben könnten; gleichzeitig wurde die Ökonomie erneut deutlich nach aussen geöffnet. Über einige Zeit schien diese Strategie aufzugehen: die Inflation sank von vier- auf einstellige Werte, die Wachstumsraten waren hoch und das Kapital floß wieder nach Argentinien. Mit den Finanzkrisen in Südostasien 1997/98 und einer Reihe anderer Länder dann wurde der Strategie des Currency Board endgültig Modellcharakter weit über den Kontinent hinaus zugewiesen, denn Argentinien erwies sich als eines der wenigen Länder, das gegen diese Art von Krisen resistent zu sein schien.

Die Perzeption Argentiniens hat sich innerhalb kürzester Zeit rapide gewandelt. Eben noch Vorbild einer harten, regelgebundenen Politik, begleitet von tiefen Strukturreformen zur Liberalisierung der Wirt-

schaft, gilt das Land jetzt schlicht als reformresistent und schlecht regiert. Der Internationale Währungsfonds, der nicht zuletzt aufgrund dieses Modellcharakters Argentinien noch lange gestützt hatte, zeigt jetzt dem Land gegenüber große Härte. Gleichzeitig steigt im Land die Arbeitslosigkeit auf bald 25%, seit Monaten sind die Bankguthaben unter dem „corralito“ gesperrt (der sogenannte „Zwinger“, der den Sparern seit Dezember letzten Jahres den Zugang zu ihren Einlagen bei den Banken weitgehend verwehrt); die Ökonomie leidet nicht nur unter den Folgen der Abwertung der Währung, sondern bricht unter dem vollständigen Fehlen von Krediten in in- und ausländischer Währung zusammen; das Vertrauen nicht nur in die Regierung, sondern darüber hinaus in das einheimische Geld und das Bankensystem hat einen Tiefpunkt erreicht, der selbst die traumatischen Erfahrungen der Hyperinflation Ende der 80er Jahre übertrifft.

Der vorliegende Themenschwerpunkt konzentriert sich auf die Analyse der Krise sowie die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. Der Beitrag von Heiner Flassbeck zielt auf den internationalen Kontext, insbesondere auf die problematischen Wechselkursempfehlungen des IWF für Argentinien, und verweist darüber hinaus auf das Grundproblem der fehlenden internationalen monetären Kooperation. Jorge Schvarzer stellt die aktuelle Krise in den größeren Kontext der Außenverschuldung, deren Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik des Landes er systematisch für den Zeitraum der vergangenen zwei Jahrzehnte analysiert. Dabei verortet Schvarzer den Fall Argentinien als paradigmatisch innerhalb des lateinamerikanischen Kontexts. In einem anschließenden Kommentar benennt Pedro Morazán die Argumente für die Notwendigkeit der Einrichtung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten und dessen Anwendung auf den Fall Argentinien sowie die Anforderungen, die sich aus entwicklungspolitischer Perspektive an ein solches internationales Schiedsgericht ergeben.

Sebastian Dullien liefert eine kritische Analyse der Argumente, die in der Literatur für die Errichtung eines Currency Board angeführt wer-

den und kommt dabei zu dem Schluß, daß dieses Regime zwar erfolgreich zur monetären Stabilisierung eingesetzt werden kann, gleichzeitig jedoch eine gefährliche Mischung von Abwertungs-, Bankenkrise- und Zahlungsbilanzkrisenrisiko nach sich zieht.

Die Krise Argentiniens beschränkt sich keineswegs auf die ökonomische Sphäre, wie die Arbeit von Vicente Palermo belegt. Auf die synthetische Herausarbeitung der Wurzeln der Krise folgt eine Untersuchung ihrer unterschiedlichen Dimensionen, abschließend skizziert der Autor mögliche Szenarien für die zukünftige politische Entwicklung des Landes. Der Kommentar von Mariana Llanos vertieft den Aspekt der Krise des Staats innerhalb der politischen Krise und kritisiert die national und international fokussierten Reformen des öffentlichen Sektors als einseitig auf den Kostenaspekt konzentrierte, die die Qualität der öffentlichen Politiken außer acht lassen. Detlef Nolte nimmt in seinem Kommentar die Skizzierung möglicher politischer Szenarien auf und vertieft diese.

Der Themenschwerpunkt schließt mit einem Bericht zu den sozialen Aspekten der Krise und den neuen sozialen Bewegungen, die sich in dieser dramatisch zugespitzten Lage herausgebildet haben.

*Barbara Fritz*